

ENERGIEKÄMPFE I: VIELFALT IN BEWEGUNG

Seit jeher sind Gewinnung und Verteilung von Energieressourcen gesellschaftlich umkämpft. In Zeiten einer allseits ausgerufenen Energiewende gewinnen diese Konflikte nochmals an Bedeutung: geht es doch um nicht weniger als die Frage, von wem und in welche Richtung die Weichen für die Zukunft der Energieversorgung gestellt werden. Soziale Bewegungen, die sich in Kämpfen gegen die herrschende Atompolitik, die fortgesetzte Verfeuerung fossiler Brennstoffe oder die unterirdische Verpressung des dabei freigesetzten Kohlendioxids formieren, verfolgen durchaus unterschiedliche Strategien. Dennoch gibt es eine Reihe von Gemeinsamkeiten und zahlreiche Bezüge aufeinander. Die Möglichkeiten und Grenzen der Verknüpfung lokaler und regionaler Energiekämpfe werden maßgeblich Einfluss darauf haben, ob die Entwicklung übergreifender Perspektiven für eine alternative Energieversorgung gelingen kann und durchsetzungsfähig wird. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung will dieser Debatte ein Forum schaffen und die verschiedenen Akteure vernetzen. Den Auftakt hierzu bildet vorliegendes Standpunktepapier. Gruppen und Einzelpersonen aus verschiedenen Hintergründen stellen in vier Beiträgen ihre Ansätze und Erfahrungen vor: **Ursula Schönberger** (Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad e. V.), die **AG Energiekämpfe der Interventionistischen Linken Berlin**, die **Klinger Runde** (Lausitz) sowie **Timmo Krüger** und **Stefanie Groll** (Vorbereitungsguppe für ein Klima- und Energiecamp 2011).

SCHACHT KONRAD E. V.

FÜR EINE SOZIAL-ÖKOLOGISCHE ENERGIEPOLITIK ES GIBT MEHR GEMEINSAMKEITEN ALS DIE ANGST VOR DER ATOMAREN GEFAHR

Gründe für den Kampf gegen die Atomenergie gibt es genug: Von der großräumigen Verstrahlung beim Uranabbau über Kinderkrebs im Umkreis der Atomanlagen bis hin zum Müll, der über Hunderttausende von Jahren tödlich strahlt. Und in Japan bekommen wir erneut vor Augen geführt, dass es sich um eine Technik handelt, die unbeherrschbar ist. Die Folgen dieser bisher größten Katastrophe werden erst nach und nach sichtbar werden: Großräumig verstrahlte Umwelt zu Lande und zu Wasser, multiple Schädigungen der Gesundheit, höhere Todesraten und Missbildungen bei Neugeborenen. Insofern ist der Ausstieg aus dieser Technik ein eigenständiger und hoher Wert an sich.

Doch es geht noch um mehr, es geht um einen emanzipatorischen Akt, um die Aneignung gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse. Die Mehrheit der Menschen in Deutschland ist seit der Katastrophe von Tschernobyl für den Ausstieg aus der Atomenergie. Der Erkenntnis, diesen Weg der technischen Entwicklung nicht weiter gehen zu wollen, stehen die

Profitinteressen der vier großen Energiekonzerne gegenüber. Ein sofortiger Ausstieg aus der Atomenergie würde einen Sieg des Willens der Menschen über die Macht hochmonopolisierter Kapitale bedeuten.

Der Atomkonsens von 2000 war kein solcher Sieg. Rot-Grün hat den Energiekonzernen eine Brücke gebaut, die mindestens 21 Jahre dauern sollte. Das erste Mal wurden den Energieversorgern Produktionsrechte für Atomstrom gesetzlich zugesichert und zwar nochmal so viele wie sie bis zum 31.12.1999 bereits erzeugt hatten. Die Profite der Konzerne waren für mehr als 20 Jahre abgesichert, sie konnten sich zurücklehnen, und abwarten, ob sich die politische Landschaft noch weiter zu ihren Gunsten ändern würde.

Bei der Laufzeitverlängerung von Schwarz-Gelb im Jahr 2010 ging es dann sogar um mehr als nur den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag. In den Jahren zuvor war eine lange unterschätzte Konkurrenz für die Energiekonzerne herangewachsen. Die erneuerbaren

Energien waren ihrem Nischendasein entkommen und zu einem potenten Wirtschaftszweig geworden, flankiert durch politische Maßnahmen wie den gesetzlichen Vorrang für die Einspeisung von Ökostrom ins Netz und garantierte Einspeisevergütung. An guten Tagen, wenn viel Wind wehte, sackte infolgedessen der Preis an der Strombörse drastisch ab. Die AKW-Betreiber mussten sogar noch Geld dazu geben, damit ihr Strom abgenommen wurde, schließlich lässt sich ein Atomkraftwerk nicht so schnell vom Netz nehmen, nur weil sich kein Käufer für den Strom findet.

Nun haben die vier großen Energiekonzerne nicht grundsätzlich etwas gegen erneuerbare Energien einzuwenden, aber der Profit sollte schon in ihren Kassen klingeln. Deshalb sieht das Energiepaket der schwarz-gelben Regierung vor, die Förderung der dezentralen erneuerbaren Energie zu beschneiden. Die atomare Brücke ins Zeitalter der Erneuerbaren soll solange reichen, bis die Konzerne selbst mit ihren Großprojekten in der Sahara und Offshore-Windparks daran verdienen können. Der Systemkonflikt zwischen schwerfälligen Atom- und Kohlekraftwerken auf der einen Seite, und den erneuerbaren Energien die als Ergänzung einen flexiblen konventionellen Kraftwerkspark brauchen auf der anderen Seite, wurde zugunsten von Kohle und Atom und den vier großen Energiekonzerne entschieden.

Die Katastrophe von Fukushima hat diese Politik scheinbar erstmal infrage gestellt. Doch man sollte sich nicht täuschen. Im Kern geht es bei der parteiübergreifenden Diskussion, wie lange man denn Atomkraft in Deutschland noch brauche, bei den Rufen nach einer neuen Konsens-Runde und bei der Installation eines eigentlich völlig überflüssigen Ethik-Rates nur um Eines: Wie kann man den Schock und die Wut der Bürgerinnen und Bürger über die Katastrophe in Japan und die Energiepolitik in Deutschland soweit einlullen, dass die einzig richtige Forderung nach der sofortigen Stilllegung aller Atomkraftwerke

an den Rand des gesellschaftlichen Konsenses gedrängt wird. Wie können in dieser für die Atomindustrie dramatischen Stimmung in Deutschland möglichst viele Atomkraftwerke solange gerettet werden, bis die Empörung wieder in den Hintergrund tritt. Wie können Macht und Profite der Konzerne möglichst umfangreich gerettet werden. Denn nur ein sofortiger Ausstieg aus der Atomenergie hätte einschneidende Konsequenzen für die großen Vier. Sie könnten nicht flexibel reagieren und würden an Stadtwerke und Akteure der Erneuerbaren erhebliche Anteile an der Stromversorgung abgeben müssen.

Ob Atomausstieg, Kampf gegen CCS und Braunkohletagebau, ob die Branche der Erneuerbaren oder Stadtwerke, ob Initiativen für Rekommunalisierung oder gegen Freilandleitungen, die Gegner sind immer die vier großen Energiekonzerne und deren Profitinteressen. Diese agieren wie ein Staat im Staate, die Politik degradiert sich zu ihrem Handlanger. Hier liegt – neben dem Schrecken über die atomare Gefahr – die Verbindung der verschiedenen Beteiligten in der «neuen» Anti-AKW-Bewegung, unabhängig davon, wie stark das den einzelnen Akteuren selbst bewusst ist.

Es wird keine wirkliche sozial-ökologische Energiepolitik geben, solange es nicht gelingt, die vier Konzerne zu entmachten. Deshalb wäre es zu begrüßen, wenn die unterschiedlichen Akteuren in Energiekämpfen sich nicht nur im Wendland zu einer gemeinsamen Anti-Atom-Aktion treffen, sondern in einen Dialog über diese Kernfrage eintreten würden. Man muss nicht «links» sein um zu erkennen: Wenn wir eine Energiepolitik wollen, die die Menschen nicht verstrahlt, das Klima nicht zerstört und Landschaften nicht in riesige Tagebaue verwandelt, geht das nur, wenn die Macht der Energiekonzerne gebrochen wird.

Ursula Schönberger, Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e. V., www.ag-schacht-konrad.de

INTERVENTIONISTISCHE LINKE

ATOMAUSSTIEG IST HANDARBEIT

VOM ATOM- ZUM ANTI-ATOMSTAAT? PERSPEKTIVEN VON INTERVENTION BEI ENERGIEKÄMPFEN

«Castor? Schottern! Castor, Castor, Castor? Schottern, Schottern, Schottern!» Dieser Slogan erschallt lautstark am Morgen des 9. November 2010 gegen 6 Uhr in der Göhrde, in unmittelbarer Nähe der Castortransportstrecke im Wendland. Mehrere tausend Menschen haben sich mit der Aktion «Castor? Schottern!» in Richtung Schiene auf den Weg gemacht. Ihr Ziel: Durch das Unterhöhlen des Gleisbettes die Schienenstrecke für den Castortransport ins Zwischenlager Gorleben unbefahrbar zu machen. Massive Strafandrohungen im Vorfeld durch Staatsanwaltschaft, Politik und Polizei hindern sie nicht, sich gemeinsam über Gesetze hinweg zu setzen, ein riesiges Polizeiaufgebot heraus zu fordern und bis an seine Kapazitätsgrenzen zu bringen. Durch einen kollektiven Akt der Selbstermächtigung radikalisiert sich ihr Protest zu handfestem Widerstand. Möglich wurde dies durch ein im Rahmen des Castor-Schottern-Bündnis vereinbartes verbindliches Aktionsbild, das, ähnlich wie schon zum G8-Gipfel in Heiligendamm oder den Blockaden des Naziaufmarsches

in Dresden, transparent und berechenbar für die Beteiligten war, durch eine Vielzahl an Aktionstrainings, Infoveranstaltungen und eine offen auftretende Pressearbeit.

In der radikalen Linken wurde seit Anfang 2010 intensiv diskutiert, wie eine praktische Intervention in diese Auseinandersetzung aussehen könnte. Durch die Großdemonstration im September 2010 wurde deutlich, dass die schwarz-gelbe Regierung durch die Aufkündigung des «Atomkonsens» einen neuen gesellschaftlichen Großkonflikt provozierte. Zu offenkundig waren die Lobbyinteressen der Atomwirtschaft spürbar, zu ignorant war diese Politik gegenüber der Mehrheitsmeinung, den Rot-Grün durch den sog. Atomkonsens noch zu befrieden wusste. Im gegenseitigen solidarischen Verhältnis zu den anderen Aktionsformen bei den Castor-Protesten im Wendland wollten wir eine der schwarz-gelben Provokation angemessene Massenaktion organisieren. So konnte «Castor? Schottern!» durch die Radikalisierung der Aktionsform, die einen kollektiven Regelübertritt ermöglichte

te, zu einem wichtigen Moment der Zuspitzung des Konflikts werden. Durch den Super-GAU in Fukushima kamen bundesweit in den letzten Wochen über 250.000 Menschen zusammen. Ob vor dem Bundeskanzleramt in Berlin, vor der Vattenfall-Zentrale in der Nähe des Hamburger Hauptbahnhofes oder in der bayerischen Provinz, überall ist es zu vernehmen: «Abschalten!».

Die seit Jahrzehnten andauernden und vor einiger Zeit wieder eskalierenden Anti-Atom-Kämpfe in Verbindung mit den jüngsten katastrophalen Entwicklungen in Japan haben das politische Klima in Deutschland nachhaltig verändert. Der Super-GAU und die Bewegung haben die Anti-AKW-Linie hegemonial werden lassen. Die Landtagswahl in Baden-Württemberg ist zu einer Abstimmung über die Atompolitik der Regierung und, allgemeiner, über deren gesamte Energiepolitik geworden. Auch das Moratorium der Bundesregierung muss als Antwort auf die vergangenen und derzeitigen Proteste gesehen werden. Die Regierung ist aufgrund des öffentlichen Drucks bereit, einen Interessenkonflikt mit der Atomwirtschaft einzugehen. Der Putz bröckelt am Atomstaat, verstanden als Interessenskongruenz von Atomwirtschaft und Staat.

Der Einsatz und die Ausrichtung einer Interventionistischen Linken auf diesem Feld muss diese politische Neuzusammensetzung des Atomstaates zur Kenntnis nehmen und gleichzeitig dazu beitragen, die selbst auferlegte thematische Begrenztheit der Anti-AKW-Bewegung aufzuheben, indem man sie unterstützt, radikalisiert, erweitert und gleichzeitig versucht über sie hinauszudeuten. Die so verstandenen Energiekämpfe müssen also die Forderungen der Anti-AKW-Bewegung aufnehmen und gleichzeitig eine Perspektive für die Zeit eines möglichen Post-Atom-Staats bieten. Ein zentraler Punkt dafür liegt unserer Meinung nach in der Forderung nach einer Enteignung und Vergesellschaftung der Energiekonzerne. Die Forderung zielt auf eine Form der Partizipation, die über die rein symbolische oder rein indivi-

duelle Ebene hinausgeht. Sie geht vom Hier-und-Jetzt aus, bietet aber gleichzeitig die Perspektive einer Systemüberwindung, in der es um eine Zerstückelung der riesigen Konzerne in demokratisch kontrollierbare, lokale Einheiten geht. Sie zeigt einen alternativen Weg auf und setzt gleichzeitig an den Grundfesten der kapitalistisch organisierten Gesellschaft an: bei der Eigentumsfrage. Sie hat das Potenzial, eine Vielzahl unterschiedlicher Energiekämpfe verbinden zu können.

Das Moratorium, in dessen Zuge zur Zeit sieben Atommeiler vorübergehend abgeschaltet wurden, ist zunächst ein taktisches Manöver, um dann das vorhersehbare Ergebnis der Sicherheitsüberprüfungen zu präsentieren: Einige Meiler werden stillgelegt, andere aber eben auch nicht. Ein mögliches Szenario in nahe Zukunft besteht darin, dass die Konzerne sich juristisch gegen das Moratorium zur Wehr setzen. Dann muss es zunächst darum gehen, das Moratorium gegen die Konzernmacht durchzusetzen. Abhängig von der Frage, ob es zu einem grundlegenden und längerfristigen Konflikt innerhalb des Atomstaates kommt, ist der Forderung nach Enteignung und Vergesellschaftung der Konzerne eine Nachvollziehbarkeit durch die Bevölkerung sicher. Aktionistisch kann sich das z.B. durch eine Störung oder Blockade der Hauptversammlung der Aktionär_innen der Energiekonzerne oder des im Mai in Berlin stattfindenden Atomforums artikulieren. Der nächste Schritt, der vielleicht auch zeitgleich zu vollziehen ist, wäre, die abgeschalteten Meiler nicht wieder ans Netz gehen zu lassen, z.B. durch eine Blockade eines wieder anfahren des AKW nach Beendigung des Moratoriums. Die Radikalisierung des Protestes über die Aktionsform ist zunächst der richtige «Hebel» für möglichst weitreichende Veränderungen in unserem Sinne.

Es bleibt dabei: Atomausstieg ist Handarbeit!

AG Energiekämpfe der Interventionistischen Linken Berlin,
www.dazwischengehen.org/

KLINGER RUNDE

GEGEN NEUE TAGEBAUE IN DER LAUSITZ

2007 gründete sich die «Klinger Runde», eine Bürgerinitiative in der Lausitz, nachdem bekannt wurde, dass trotz gegenteiliger politischer Versprechen und nach hundert Jahren hemmungsloser Ausbeutung und Zerstörung der Region sieben neue Tagebaue in Planung waren. Die «Klinger Runde» setzt sich seither für eine nachhaltige – ökologische, soziale und demokratische – Entwicklung der Region ein, die die Menschen in der Gestaltung mit einschließt. Der Name hat seinen Ursprung in dem Ortsnamen Klinge, einem Ort, der vor über 30 Jahren als erster dem Braunkohletagebau Jänschwalde bis auf die Bahnhofssiedlung zum Opfer fiel.

Um die Motivation und Arbeitsweise der «Klinger Runde» verstehen zu können, wollen wir einen Blick auf die Region und in die Vergangenheit werfen. Seit etwa 100 Jahren wird in der Lausitz großindustriell Braunkohle abgebaut und als Rohstoff genutzt. Dafür wurde und wird ein hoher Preis gezahlt. Die massiven Eingriffe in den Natur- und Wasserhaushalt veränderten die Region und die Menschen. Hunderte Quadratkilometer Landschaft wurden durch den sozialisti-

schen Braunkohlebergbau unbesiedelbar, tausende Menschen vertrieben und umgesiedelt. Dies betraf insbesondere die hier wohnende Minderheit der Sorben und Wenden. Die hemmungslose Ausbeutung der Braunkohle über diese lange Zeit hat massive Ohnmachtsgefühle und Resignation hinterlassen: Widerstand war nicht nur zwecklos, sondern auch gefährlich. Man konnte weder an den Plänen noch an den Folgen des Braunkohleabbaus etwas ändern, Alternativen gab es nicht. Hoffnung keimte erst mit der Wende 1989 auf. Denn neben demokratischen Verhältnissen wurde auch endlich ein anderer Umgang mit der Natur eingefordert. Die Bilanz an Schäden war verheerend: Über 13 Mrd. m³ Grundwasser waren dem natürlichen Wasserhaushalt entzogen worden und bis heute muss die ehemalige Bergbaulandschaft mit Milliardenaufwand rekultiviert werden.

Nach der Wende brachen die Absatzmärkte für Braunkohle zusammen. Acht Tagebaue, 15 Brikettfabriken und sieben Kraftwerke wurden aus ökonomischen und ökologischen Gründen geschlossen und abgerissen. Braunkohlepläne wur-

den verändert und so konnten viele Ortschaften ihrem Schicksal entgehen. Neue Gesetze sicherten nun den dauerhaften Bestand der zuvor bedrohten Gebiete, unter anderem die Ortschaften Kerkwitz, Grabko, und Atterwasch. Die Lausitz wurde sauberer, heller, gesünder. Horno sollte das letzte Dorf sein, das abgerissen werden durfte, so sicherte es der damalige Ministerpräsident Stolpe der Lausitz zu. Gleichzeitig gewähren mehr als 1,5 Mrd. Tonnen noch abzubauen Braunkohle in den bestehenden Tagebauen der Braunkohleverstromung eine Perspektive von mehr als 30 Jahren. Das ist mehr Zeit als erneuerbare Energien benötigen, um den «Kohlestrom» zu ersetzen. Brandenburg soll nach der «Energiestrategie des Landes Brandenburg (2006)» 2020 in der Lage sein, seinen Strombedarf zu 100 Prozent regenerativ zu erzeugen (derzeit sind es 60 Prozent). Braunkohlestrom ist hochgradig klimaschädlich, deswegen ist ein Umbau dringend notwendig.

«Die Lausitz ist von der Braunkohle abhängig», heißt es trotzdem weiterhin bei den Landesregierungen Sachsens und Brandenburgs, die versäumen, diese Abhängigkeit zu beenden. Und so scheint es eher so, dass die Landesregierungen eine abhängige Lausitz benötigen, um für weitere Tagebaue die Zustimmung in der Bevölkerung einzufordern. 2006 kündigte dann auch der Konzern Vattenfall an, von dieser Option Gebrauch zu machen: Der Tagebau Welzow Süd sollte in das Teilfeld II erweitert werden. In Sachsen passierte Gleiches mit dem Tagebau Nochten. Diese errichteten Neubaukraftwerke brauchen Braunkohle für 40 Jahre!

Und dann kam 2007 der Paukenschlag: Eine vom Land beauftragte Studie der Universität Clausthal für die Lausitz zeigte ein Potenzial von sieben neuen Tagebauen auf. Die Umsetzung der Planungen hätte das Verschwinden von weiteren 18 Gemeinden sowie die Vertreibung und Umsiedlung von 8.000 Betroffenen zur Folge. Etliche Gemeinden wären zusätzlich als Randbetroffene den negativen Folgen des Bergbaus direkt ausgesetzt. Ein massiver Vertrauensverlust in den Augen der Bürgerinnen und Bürger – das Band, das sie mit Politik, Wirtschaft und Verwaltung zusammenhielt, wurde zerrissen. Dies war die Geburtsstunde der Bürgerinitiative «Klinger Runde – Netzwerk für den Erhalt der Heimat». In der Lausitz aktive Gruppen, Kirchen und Vereine kamen hier mit kommunalen Vertretern und betroffenen Bürgern zusammen, um für den Erhalt ihrer Heimat und für die kommenden Generationen zu streiten und sich einzusetzen. Am 14. Oktober 2007 wur-

de die «Klinger Erklärung» verabschiedet – die Kernaussage lautet: «Wer Heimat weiter antastet, ist für uns nicht mehr wählbar». Mit demokratischen Mitteln, mit Protesten, Aktionen und Öffentlichkeitsarbeit wird alles unternommen, um das Unheil dieser neuen Tagebaue abzuwenden. Folgerichtig gehörte die «Klinger Runde» zu dem Bündnis, das ein Volksbegehren 2008/2009 «Gegen Neue Tagebaue» initiierte und durchführte. Zugleich stellte sie sich bei der Kommunalwahl den Bürgerinnen und Bürgern des Landkreises Spree-Neiße zur Wahl. Mit einem Stimmenanteil von fünf Prozent hat sie nun zwei Sitze im Kreistag und kann sich für die nachhaltige Entwicklung der Lausitz einsetzen.

Das Bündnis hat sich seither erweitert. Pläne von Vattenfall, das Kohlendioxid mit der CCS-Technik in Brandenburg unterirdisch zu verpressen, sowie neue Tagebaupläne auf polnischer Seite machten es erforderlich, sich mit den dort gegründeten Bürgerinitiativen zu vernetzen. Wir sind uns darin einig, dass Braunkohleverstromung den kommenden Generationen Kosten und Probleme aufbürdet, in der Lausitz und weltweit. Derzeit sind in der Lausitz 35.700 Hektar Altbergbaufläche wegen mangelnder Tragfähigkeit der Böden gesperrt, das Grundwasser wird vor 2080 nicht wieder auf Normalniveau ansteigen. Die negativen Folgen der energieintensiven Risikotechnologie CCS sind unabsehbar.

Den Menschen in der Lausitz wurde über Jahrzehnte und aktuell wieder der Boden buchstäblich unter den Füßen weggezogen. Abbaggerung ist für die Betroffenen eine traumatische Erfahrung, das ganze Leben wird zu einer Unsicherheitszone. Mit diesem Wissen und diesen Erfahrungen stehen wir Seite an Seite mit all denen, die einer verfehlten Energiepolitik nicht mehr hoffnungslos zusehen wollen. Der Klimawandel und die atomare Bedrohung verlangen nach einem Energiekonzept auf der Basis Erneuerbarer Energien. Die Gemeinde Schenkendöbern, aus der die Ortsteile Kerkwitz, Grabko und Atterwasch im geplanten Tagebau Jänschwalde-Nord verschwinden sollen, hat dies verstanden. Sie erzeugt schon jetzt mit Windenergie, Biomasse und Photovoltaik mehr Strom, als ihr Eigenverbrauch ist. Darin sehen wir die Zukunft für die Lausitz, für die Welt und die kommenden Generationen.

«Klinger Runde» im März 2011, klinger-runde-forst@t-online.de

KLIMA- UND ENERGIECAMP 2011

CO₂-«ENDLAGER» VERHINDERN

KLIMAGERECHTIGKEIT UND ENERGIESOUVERÄNITÄT ERKÄMPFEN!

Wir befinden uns mitten in einer globalen Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse: der massive Verlust der Biodiversität, der menschengemachte Klimawandel und das sogenannte Restrisiko der Atomenergie sind keine Prognosen, sondern Realität. Nach den Ereignissen in Fukushima und Wahlniederlagen der Atomkraft propagierenden Parteien scheint sich die energiepolitische Agenda zu verändern. Wie ein Mantra wiederholen die Regierungsparteien, dass sie «das Zeitalter der erneuerbaren Energien» so schnell wie möglich einläuten wollen. Doch anstatt konsequent auf dezentrale erneuerbare

Energien zu setzen, bauen die meisten Parteien jetzt wieder vermehrt auf Kohle. Im Zuge dessen preisen sie eine Technologie an, die Klimaschutz-Bedenken wegwischen soll: Carbon Capture and Storage (CCS). Mithilfe dieser Technik soll Kohlendioxid (CO₂) abgeschieden, verflüssigt und unter die Erde gepresst werden. So propagierte beispielsweise Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) bei einer Pressekonferenz am 15. März 2011 und in Zeitungsinterviews die Weiterentwicklung von CCS. Der Europäische Energiekommissar Günther Oettinger (CDU) erklärte auf dem CCS-Kongress

des IZ Klima am 28. März 2011, dass durch die Kohleverstromung mit CCS ein vierfacher Streich gelingen würde: technologische Sicherheit, Versorgungssicherheit, «bezahlbare Energie» und das Einhalten von Klimaschutzziele. Auch der SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel äußerte sich in einem Interview mit der taz, dass ein Atomausstieg nur mit einer Modernisierung alter und dem Bau neuer Kohlekraftwerke zu bewerkstelligen sei. «Die Debatte um Kohle ist zum Teil ein Fetisch. Denn schließlich haben wir den Emissionshandel. Dadurch wird der CO₂-Ausstoß ohnehin gesenkt.» An dieser absurden Behauptung von Gabriel werden die kontraproduktiven Effekte der marktbasieren Klimaschutz-Instrumente des Kyoto-Protokolls deutlich, die durch «Flexibilisierung» einen Strukturwandel in der Energieinfrastruktur verhindern. Genau diese Kohlestrategie ist die falsche Reaktion auf die Katastrophe in Fukushima! Anstatt Scheinlösungen wie CCS zu fördern, die als Exportschlager die Wirtschaft der Industrienationen ankurbeln sollen, aber an den negativen sozialen und ökologischen Folgen unserer Energieproduktion nichts ändern, muss an der Ursache der ökologischen Krise ange-setzt werden. Fossile Brennstoffe und Uran müssen im Boden bleiben!

GUTE GRÜNDE GEGEN CCS GIBT ES REICHLICH

Die CO₂-Abscheidung am Kraftwerk führt zu Effizienzverlusten: zur Produktion der gleichen Menge Strom muss etwa ein Drittel mehr Kohle eingesetzt werden. Dadurch werden die stark gesundheits- und umweltschädlichen Folgen der Kohleverstromung verstärkt. Hinzu kommt, dass nur etwa 70 Prozent des CO₂ abgeschieden werden können und ein schleichendes Entweichen des CO₂ aus dem Untergrund zu befürchten ist. CCS ist also auch als Klimaschutz-Maßnahme Unsinn. Die Technologie wäre ohnehin erst in 10 bis 20 Jahren industriell einsetzbar. Die Weichen für ein Abbremsen der Klimaerwärmung müssen jedoch in den nächsten zehn Jahren gestellt werden. Im dafür notwendigen Strukturwandel ist kein Platz für Grundlastkraftwerke wie Kohle- und Atommeiler. Die schwankende Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien erfordert eine Flexibilisierung der Energieproduktion insgesamt. Des Weiteren sind Risiken und Folgen der «Endlagerung» nicht kalkulierbar. Bleibt das CO₂ wirklich im Boden? Verunreinigt es wirklich nicht das Trinkwasser der gesamten Region und darüber hinaus?

Da die äußerst kapitalintensive Erforschung, Entwicklung und Durchführung von CCS nur durch große Energiekonzerne geleistet werden kann, zementiert das Verfahren zusätzlich deren Machtposition. Der Zugang aller zur Energieproduktion und ihre demokratische Organisation erfordern hingegen dezentrale Strukturen. Die Energiekonzerne müssen zerschlagen werden, da sie der Energiesouveränität entgegenstehen. Dies eint den Widerstand gegen CCS mit Energiekämpfen gegen Atom und Kohle.

RECHTLICHE MÖGLICHKEITEN CCS ZU VERHINDERN

Die Bundesregierung stellt für die Erforschung und Entwicklung dieser Risikotechnologie viel Geld zur Verfügung und möchte nun günstige rechtliche Rahmenbedingungen schaffen. Noch in diesem Jahr muss die EU-Richtlinie zur geologischen Speicherung von Kohlendioxid in nationales Recht umgesetzt werden. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung

sieht vor, dass die Haftung für die unterirdischen sogenannten «Endlager» nur während der ersten 30 Jahre bei den Energiekonzernen liegt. In den darauf folgenden Jahrhunderten soll die Öffentlichkeit für die entstehenden Schäden aufkommen. Dieses Gesetz muss gestoppt werden. Stattdessen muss die in der EU-Richtlinie explizit vorgesehene Möglichkeit eines bundesweiten Verbots der CO₂-Speicherung umgesetzt werden. Die Bundestagsfraktion der LINKEN hat dazu am 23. März 2011 einen Gesetzesentwurf vorgelegt.

WIDERSTAND GEGEN RISIKOTECHNOLOGIEN

In den Regionen der geplanten CO₂-Verpressung regt sich schon seit längerer Zeit Widerstand, von Bürgerinitiativen bis zum Bürgermeister. Auch in Leipzig, Berlin, Stuttgart und anderen Städten gehen Klimaaktivist/innen gegen die technologische Mogelpackung CCS vor. Die linke Intervention gegen die herrschende Energiepolitik hat sich seit letztem Jahr besonders auf die Atomkraft konzentriert. Mit Aktionen wie «Castor Schottern» stand sie auf der radikalen Seite eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses gegen eine unverantwortliche Risikotechnologie. Jetzt muss es um die Frage gehen: Was kommt nach der Atomkraft?

Die Antwort hierauf kann nicht den Parteien und Energiekonzernen überlassen werden. Nicht die ökonomischen Interessen von Konzernen, sondern globale Klimagerechtigkeit sowie ein ökologisch und sozial verträglicher Umbau der Versorgung müssen für die Energiepolitik richtungsweisend sein. Dazu müssen Produktions- und Konsummuster grundlegend infrage gestellt werden: Effektiver Klimaschutz hat nichts mit der Schaffung neuer Märkte zu tun. Die Fokussierung auf Wirtschaftswachstum ist keine Lösung, sondern Teil des Problems.

Innerhalb des Klima!Bewegungsnetzwerks, einem bundesweiten Bündnis linker Klimaaktivist/innen, werden alternative Lösungen für ein demokratisches, gerechtes und ökologisches Energieregime gesucht. Politischer Druck von unten ist unbedingt notwendig! Ein grundlegender Wandel unserer Gesellschaft muss erstritten werden! Gegen Risikotechnologien – gegen Atomkraft, gegen CCS! Für Klimagerechtigkeit und Energiesouveränität!

Klima- und Energiecamp in der Lausitz

Mit einem Klima- und Energiecamp in der Lausitz macht ein breites Spektrum politischer Gruppen aus dem Klima!-Bewegungsnetzwerk – in Kooperation mit lokalen Bürgerinitiativen – gegen die fossil-atomare Energieproduktion mobil. Im Camp erproben wir alternative Lebensweisen und Basisdemokratie. Wir machen politische Bildungsarbeit für alle Altersstufen und protestieren aktiv gegen CCS. Praktischer Widerstand ist sofort erforderlich, denn in diesem Jahr wird die Entscheidung für oder gegen CCS fallen. Wir müssen vor Ort agieren, denn die rot-rote Landesregierung will Brandenburg zum Labor für die Erprobung der CO₂-Endlagerung machen. Das Klima- und Energiecamp 2011 findet vom 7. bis 14. August in Jänschwalde/Brandenburg (nahe Cottbus) statt.

Timmo Krüger und Stefanie Groll (Vorbereitungsgruppe Klima- und Energiecamp 2011), www.lausitzcamp.info

BEWEGUNGSKALENDER «ENERGIEKÄMPFE»

25. April 2011

25 JAHRE TSCHERNOBYL:

AKWS ENDLICH ABSCHALTEN!

Bundesweite Demonstration an 12 Standorten von Atomkraftwerken und Zwischenlagern

Weitere Infos unter www.tschernoby125.de

11. Mai 2011

«ENERGIEKÄMPFE IN BEWEGUNG»

Diskussion mit Vertreterinnen und Vertretern der Interventionistischen Linken, der AG Schacht Konrad und des Energie- und Klimacamps Lausitz

19 Uhr, Südblock, Admiralstraße 1–2, Berlin-Kreuzberg

Eine Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung und

der Kontaktstelle Soziale Bewegung der Fraktion

DIE LINKE im Bundestag.

Weitere Infos unter www.rosalux.de und

www.nachhaltig-links.de

16. bis 19. Mai 2011

PROTESTE GEGEN DAS JAHRESTREFFEN

DES DEUTSCHEN ATOMFORUMS

Berliner Congress Center

20. bis 22. Mai 2011

ATTAC-KONGRESS

«JENSEITS DES WACHSTUMS?! ÖKOLOGISCHE

GERECHTIGKEIT. SOZIALE RECHTE- GUTES LEBEN.»

In Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, der

Heinrich-Böll-Stiftung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Technische Universität Berlin

Weitere Infos unter www.jenseits-des-wachstums.de/

28. Mai 2011

TAGUNG: PROBLEME DES BRAUNKOHLBERGBAUS
IN BRANDENBURG

10 bis 15 Uhr, Guben, Fabrik e. V., Mittelstraße 18

Tagung der GRÜNEN LIGA und

der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg.

Weitere Infos unter www.lausitzer-braunkohle.de

ab 12. Juni 2011

SCHLUSS ENDLICH –

ATOMKRAFTWERKE BLOCKIEREN!

Blockade-Aktionen zum Ende des «Atom»-Moratoriums an einem laufenden Atomkraftwerk

Weitere Infos unter www.x-tausendmalquer.de

und www.dazwischengehen.org

15. bis 16. Juli 2011

FRESH AIR FESTIVAL

Musik- und Kunstfestival gegen CO₂-Endlager

in Ortwig/Groß Neuendorf

Weitere Infos unter www.fresh-air-festival.de

7. bis 14. August 2011

CO₂-«ENDLAGER» VERHINDERN, KLIMAGERECHTIG-
KEIT UND ENERGIESOUVERÄNITÄT ERKÄMPFEN!

Klima- und Energiecamp in Jänschwalde/Brandenburg

(nahe Cottbus)

Weitere Infos unter www.lausitzcamp.info

26. August bis 4. September 2011

KLIMACAMP 2011 AM BRAUNKOHLTAGEBAU

GARZWEILER/NRW

Erkelenz-Borschemich

Weitere Infos unter www.klimacamp2011.de

Ende August/Anfang September

BLOCKADE DES AKW NECKARWESTHEIM

Weitere Infos unter www.atomausstieg-sofort.de

November 2011

PROTESTE GEGEN DEN CASTOR-TRANSPORT
INS WENDLAND

28. November bis 9. Dezember 2011

PROTESTE GEGEN DEN UN-KLIMAGIPFEL

IN DURBAN/SÜDAFRIKA

Weitere Infos unter www.klima.blogsport.de

TAG X (CCS)

Der Tag, an dem Vattenfall die Erkundungsmaßnahmen für die CO₂-Endlagerung beginnt.

Du möchtest über den Tag X informiert werden?

Dann trage Dich in die Verteiler ein:

<http://kein-fussbreit-auf-unser-land.de/tagx.php>

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der

Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig

Redaktion: Marion Schütrumpf-Kunze

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-127

Fax -122 · m.schuetrumpf@rosalux.de · www.rosalux.de